

Warum Israel dem Bau des Dritten Tempels näher ist als je zuvor

Al-Aqsa-Moschee faktisch zwischen Muslimen und Juden aufgeteilt – Palästinenser fürchten den nächsten Schritt des Staats Israel

Lubna Masarwa, Huthifa Fayyad, middleeasteye.net, 19.08.25

Jüdische Gebete, laut in Gruppen rezitiert. Gesang und Tanz. Männer, die sich mit dem Gesicht zum Boden niederwerfen. Israelische Flaggen weit hochgehalten. Das war die Szene in der Al-Aqsa-Moschee, einer der heiligsten Stätten des Islam, während eines israelischen Überfalls Anfang dieses Monats.

Während der Besetzung Jerusalems durch den Staat Israel bis zum Jahr 2000 kam es nur selten zu Verstößen gegen den Status quo, da die israelischen Behörden im Falle eines Angriffs auf die Moschee eine weltweite muslimische Gegenreaktion befürchteten. Eine Razzia des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon in der Moschee im Jahr 2000, begleitet von Hunderten bewaffneter Wachen, veränderte die Situation jedoch dramatisch. Der Überfall löste die zweite Intifada, einen palästinensischen Aufstand, aus.

Vor einigen Jahren wäre ein solches Szenario noch unvorstellbar gewesen. Aber seit dem 7. Oktober 2023 hat sich alles verändert, sagen die Palästinenser.

„Es waren erschreckend viele Menschen [israelische Siedler] anwesend, darunter auch einige wichtige Persönlichkeiten“, berichtete Aouni Bazbaz, Direktor für internationale Angelegenheiten beim Islami-schen *Waqf*, der Organisation, die die Al-Aqsa-Moschee verwaltet, damals gegenüber *Middle East Eye (MEE)*.

„Was passiert ist, stellt einen entscheidenden Schritt dar, um die jüdisch israelische Souveränität über die Al-Aqsa-Moschee gewaltsam durchzusetzen und sie räumlich zwischen Muslimen und Siedlern aufzuteilen“, fügte er hinzu.

Die Al-Aqsa-Moschee in der Altstadt von Jerusalem steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der israelischen Besatzungsbestrebungen Palästinas. Für Palästinenser und Muslime weltweit symbolisiert die Moschee den Kampf um Freiheit, Identität und Unabhängigkeit. Für viele Israelis ist sie der Ort, an dem bald der dritte jüdische Tempel errichtet werden soll.

Seit Jahrzehnten unterliegt sie einer internationalen Vereinbarung, die seinen religiösen Status als ausschließlich islamische Stätte bestätigt. Seit der Besetzung Ost-Jerusalems im Jahr 1967 haben die Israelis diesen Status jedoch durch zunehmende Beschränkungen des Zugangs für Palästinenser und Muslime und durch die Ausweitung der israelisch jüdischen Präsenz und Kontrolle schrittweise ausgehöhlt.

Seit dem 7. Oktober haben sich diese Bemühungen dramatisch verstärkt. Heute, da die weltweite Aufmerksamkeit weiterhin auf den israelischen Völkermord in Gaza und die allgemeinen Spannungen in der Region gerichtet ist, steht Al-Aqsa an einem Wendepunkt. Viele Palästinenser befürchten, dass sie ihre Identität als Moschee bald verlieren und zu dem werden wird, was sie seit langem fürchten: ein dritter jüdischer Tempel.

Erosion des Status quo

Im späten 19. Jahrhundert schloss das Osmanische Reich, das damals über Palästina herrschte, eine Vereinbarung über die Verwaltung der religiösen Stätten in Jerusalem. Diese Vereinbarung wurde als Status quo bekannt, eine Reihe von Regeln und Vorschriften, die heute als verbindliche internationale Norm gelten und seit langem von den Weltmächten akzeptiert werden. ¹

Die Vereinbarung sah vor, dass der gesamte 144.000 Quadratmeter große Komplex der Al-Aqsa-Moschee – einschließlich des Felsendoms, der Qibli-Moschee mit ihrer silbernen Kuppel und anderer Gebäude und Tore – unter muslimischer Verwaltung steht. Seit Jahrzehnten ist diese Verwaltung als Islamischer *Waqf* oder religiöse Stiftung bekannt, die unter der jordanischen Aufsicht über die Stätte steht. Die Regeln sind einfach: Nur Muslime dürfen in der Moschee beten, Nichtmuslime dürfen sie zwar besuchen, aber der *Waqf* entscheidet, wann und wie.

Die Kontrolle über die Moschee, einschließlich ihrer Instandhaltung, Sicherheit und Ausgrabungen, liegt weiterhin in der alleinigen Verantwortung des *Waqf*. Diese Autorität und damit auch die von Amman wurde vom Staat Israel im Friedensvertrag mit Jordanien von 1994 offiziell anerkannt.

Während der Besetzung Jerusalems durch den Staat Israel bis zum Jahr 2000 kam es nur selten zu Verstößen gegen den Status quo, da die israelischen Behörden im Falle eines Angriffs auf die Moschee eine weltweite muslimische Gegenreaktion befürchteten.

Eine Razzia des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon in der Moschee im Jahr 2000, begleitet von Hunderten bewaffneter Wachen, veränderte die Situation jedoch dramatisch. Der Überfall löste die zweite Intifada, einen palästinensischen Aufstand, aus, und von diesem

Zeitpunkt an begannen die israelischen Behörden, den Status quo in viel größerem Umfang zu verletzen.

Zunächst begannen israelische Streitkräfte, regelmäßig im Innenhof und an den Toren der Moschee zu patrouillieren und Beschränkungen für den Zutritt einzuführen, beispielsweise ein Verbot für Männer unter 40 Jahren und Palästinenser aus dem Gazastreifen und der West Bank. Gleichzeitig entzogen die israelischen Behörden dem Waqf seine Befugnis zur Kontrolle der Besucher, was den Weg für Überfälle durch ultranationalistische Israelis ebnete, die oft unter dem Schutz schwer bewaffneter Kräfte vorgingen.

Neue Normalität

In den folgenden zwei Jahrzehnten verfestigte der Staat Israel diese neuen Verstöße und machte sie zu einer neuen Wirklichkeit. Anfangs waren die Überfälle israelischer Siedler sowohl in ihrer Anzahl als auch in ihrer Dauer begrenzt. Im Laufe der Jahre nahmen sie jedoch stetig an Umfang und Häufigkeit zu. Im Jahr 2009 nahmen mehr als 5.000 Siedler an diesen Überfällen teil. Bis 2019 war diese Zahl auf 30.000 gestiegen.

Bis 2017 fanden die Überfälle täglich statt, außer freitags und samstags, nach einem strengen Zeitplan, der den fünf täglichen muslimischen Gebeten ähnelte. Eine Schicht findet morgens nach dem muslimischen Morgengebet (*Fajr*) statt, eine weitere am Nachmittag nach dem muslimischen Mittagsgebet (*Dhuhr*).

Diese schrittweise, aber entschlossene Kontrolle über Besuchszeiten und Zugang ist das, was die Palästinenser seit langem als das ultimative Ziel bezeichnet haben. Sie argumentieren, dass die israelischen Behörden neue Tatsachen schaffen, indem sie die Moschee – einen Ort, der ausschließlich als islamisch gilt – in einen gemeinsamen Raum für muslimische und jüdische Gebete verwandeln.

Infolgedessen haben diese zahlreichen Verstöße zu regelmäßigem palästinensischem Widerstand der Bevölkerung und Widerstand innerhalb Jerusalems und darüber hinaus geführt. Im Mai 2021 waren israelische Übergriffe auf die Moschee während des muslimischen Fastenmonats Ramadan, die besondere islamische Rituale störten, ein wichtiger Auslöser für den elf Tage andauernden Aufstand, der sich über das historische Palästina ausbreitete und zu einem Krieg mit der Hamas im Gazastreifen führte.

Zwei Jahre später führte die palästinensische Bewegung diese Verstöße als einen der Hauptgründe für ihren Angriff vom 7. Oktober an, den sie als „Flut von Al-Aqsa“ bezeichnete. Während des Angriffs töteten palästinensische Kämpfer fast 1.200 Israelis und nahmen 251 weitere gefangen. Dies führte zu dem anhaltenden israelischen Völkermord in Gaza, bei dem

israelische Streitkräfte mehr als 62.000 Palästinenser getötet und die belagerte Enklave in Trümmern und am Rande einer Hungersnot zurückgelassen haben. Die Eskalation hatte einen Dominoeffekt und führte zu verheerenden israelischen Angriffen in der Westbank, im Libanon, in Syrien und im Iran. Unter dem Deckmantel dieser zunehmenden regionalen Spannungen haben die Verstöße in Al-Aqsa unvermindert angehalten. Sie haben sich sogar noch verschlimmert, während die internationale Aufmerksamkeit und Reaktion nachgelassen haben.

Eskalation

Am 13. Oktober 2023, dem ersten Freitag nach dem von der Hamas angeführten Angriff, verbot der Staat Israel allen Personen unter 60 Jahren den Zutritt zur Al-Aqsa-Moschee. Hunderte israelische Beamte wurden in der gesamten Altstadt und an den Eingängen der Moschee stationiert. Draußen gingen israelische Streitkräfte gewaltsam gegen jeden vor, der sich der Moschee nähern wollte, und zwangen Tausende, in den umliegenden Straßen zu beten.

*Die **Beyadenu-Tempelberg-Bewegung**, eine führende Tempelberg-Gruppe, drohte, Muslime daran zu hindern, den Ort zu erreichen. Andere rechtsextreme Gruppen setzten den Imam der Moschee auf eine Telegram-Todesliste. Dieser Tag gab den Ton für die kommenden Ereignisse an. Seitdem haben die israelischen Behörden und Gruppen auf dem Tempelberg ihre Bemühungen verstärkt, die Kontrolle über die Al-Aqsa-Moschee zu verschärfen. Ein wesentliches Element dieser Strategie ist die Einschränkung des Zugangs für Palästinenser.*

Zu diesen Einschränkungen gehören anhaltende Verbote und Beschränkungen für Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen. In vielen Fällen wird auch Männern unter 50 Jahren der Zutritt verwehrt. Darüber hinaus erlassen die israelischen Streitkräfte jedes Jahr Dutzende von individuellen Verboten, die sich gegen Palästinenser aus Jerusalem oder aus dem Staat Israel selbst richten.

Diese Verbote betreffen eine Vielzahl von Menschen, darunter Imame, Journalisten, Aktivisten und gewöhnliche Gläubige.

Die Moschee, die einst Hunderttausende von Gläubigen beherbergte und regelmäßig Zehntausende zum Freitagsgebet empfing, sieht nun nur noch wenige Tausend am Freitag und lediglich Hunderte zu den täglichen Gebeten.

Öffentliche Gebete

Unterdessen haben die israelischen Razzien an Umfang zugenommen und zogen 2024 über 57.000 Menschen an, fast doppelt so viele wie fünf Jahre zuvor. Das Ziel ist laut *Beyadenu*, jährlich 100.000 Teilnehmer zu erreichen.

Die Dauer der Razzien hat sich in den letzten Monaten ebenfalls verlängert, sodass eine große Anzahl von Siedlern daran teilnehmen kann. Eine der besorgniserregendsten Entwicklungen der letzten Monate ist jedoch die offene und öffentliche Verrichtung jüdischer Gebete während dieser Razzien.

Während solche Gebete – ein weiterer Verstoß gegen den Status quo – zuvor von einigen Ultranationalisten still und individuell verrichtet wurden, wurden lautstarke Darbietungen in der Regel mit strengen polizeilichen Maßnahmen beantwortet, aus Sorge vor palästinensischen und muslimischen Gegenreaktionen.

Im April 2024 wurde jedoch bekannt, dass Itamar Ben Gvir, der Minister für „nationale Sicherheit“, der für die israelische Polizei in Jerusalem zuständig ist, eine Politik zur Änderung des Status quo eingeführt hatte, indem er jüdische Gebete in der Moschee ohne Unterbrechung zuließ.

Im Juni sagten Aktivisten des Tempelbergs, Ben Gvir habe ihnen mitgeteilt, dass „es von nun an seine Politik sei, Singen und Tanzen auf dem gesamten Tempelberg zu erlauben“. In einem Artikel von *Ynet* hieß es, die Polizei ändere den Status quo, indem sie dort eine Politik des „mehr jüdische Gläubige, weniger Zwangsmaßnahmen“ verfolge.

Ben Gvir selbst führte Anfang dieses Monats Hunderte von Siedlern an, die den Al-Aqsa-Moscheekomplex stürmten, wo sie lautstark jüdische Gebete verrichteten. Bei den Übergriffen kommt es nun regelmäßig zu Szenen, in denen Israelis jüdische Gebete sprechen, sich niederwerfen, aus der Thora lesen, laut singen und die israelische Flagge hissen.

„Ich erinnere mich an Zeiten, in denen jeder, der seine Lippen bewegte, verhaftet wurde“, sagte Yehudah Glick, ein führender Tempelberg-Aktivist und ehemaliger *Likud*-Abgeordneter, gegenüber *MEE*. „Ich erinnere mich an die Zeiten, als wir nur wenige waren, heute sind wir gewachsen“, fügte er hinzu.

In jüngerer Zeit hat sich laut einer hochrangigen Quelle innerhalb des *Waqf*, die unter der Bedingung der Anonymität sprach, ein beunruhigender neuer Trend herausgebildet. Dieser Trend umfasst Gruppengebete und Predigten unter der Leitung von Rabbi Shimshon Elbaum, dem Leiter der sogenannten Tempelberg-Verwaltung.

Souveränität

Im Juni unternahmen die israelischen Behörden dann einen beispiellosen Schritt: Die Al-Aqsa-Moschee wurde für mehrere Tage vollständig geschlossen. Als Grund wurde der Krieg des Staates Israel gegen den Iran angeführt.

Die israelische Regierung hatte jedoch selbst in turbulenteren Zeiten in der Vergangenheit noch nie eine solche Maßnahme ergriffen, was darauf hindeutet, dass mehr hinter diesem Schritt steckte.

Nach Ansicht der Palästinenser bestand das eigentliche Ziel darin, die „Souveränität“ des Staates Israel über die Moschee zu behaupten und zu demonstrieren, dass es sie nach Belieben öffnen und schließen kann. Diese Bemühungen spiegeln sich auch in kleineren, aber konsequenten Maßnahmen wider, die darauf abzielen, die Rolle und Autorität des *Waqf* zu untergraben.

Der hochrangige *Waqf*-Beamte, der mit *MEE* sprach, sagte, der Staat Israel erlaube dem *Waqf* nicht, ohne vorherige Genehmigung Personal einzustellen oder Wartungsarbeiten innerhalb der Moschee durchzuführen. Einmal sei in seinem Büro ein Rohr geborsten, aber er habe zwei Monate lang keinen Techniker zur Reparatur hinzuziehen dürfen. Infolgedessen erhielt er eine Wasserrechnung über 50.000 Schekel (etwa 14.700 Dollar) für ein Problem, das mit einem 3-Dollar-Ersatzteil hätte behoben werden können.

Selbst das Mitbringen von Seife oder Toilettenspülungen erfordert eine vorherige Genehmigung, fügte er hinzu. „Ich kann weder die Fenster reparieren noch Probleme in den Büros beheben. Ich kann nicht einmal die Abflüsse vor dem Winter reinigen. Für alles ist eine Genehmigung erforderlich, und alles, was sie sagen, ist: Reichen Sie einen Antrag ein. Niemand darf innerhalb des Geländes der Al-Aqsa-Moschee Wartungsarbeiten vornehmen, ohne eine Verhaftung zu riskieren.“

Noch auffälliger sei die Entscheidung des Staates Israel im Jahr 2022, die Einfuhr neuer Teppiche zu blockieren, die vom jordanischen König Abdullah II., dem offiziellen Verwalter der Al-Aqsa-Moschee, gespendet worden waren. Die Teppiche, die eine Fläche von rund 7.000 Quadratmetern bedecken und 600.000 Dollar kosten, wurden aus den persönlichen Mitteln des Königs bezahlt, so die Quelle. „Nachdem die Teppiche gemäß den erforderlichen Spezifikationen hergestellt und versandfertig waren, stoppte die israelische Regierung alles. Sie blockierte ihre Einfuhr an der Grenze. Wir haben versucht, Genehmigungen zu erhalten, aber alles war vergeblich.“

Dieses Streben nach Kontrolle ist Teil einer langjährigen Agenda, für die sich Persönlichkeiten wie Ben Gvir und Aktivisten des Tempelbergs, darunter sowohl aktuelle als auch ehemalige Mitglieder des israelischen Parlaments, einsetzen.

Durch Maßnahmen wie die Verzögerung von Instandhaltungsarbeiten, die Blockierung von Lieferungen wichtiger Güter und das willkürliche Öffnen oder Schließen der Moscheetore will der Staat Israel dem *Waqf* die wenigen Befugnisse entziehen, die ihm noch bleiben, und die Stätte vollständig unter seine Kontrolle bringen. Laut der Quelle ist dies de facto Realität geworden, wobei die Verwaltung des *Waqf* nur noch auf dem Papier existiert, während der Staat Israel in der Praxis alles innerhalb des Moscheekomplexes kontrolliert.

„Unsere Autorität über Al-Aqsa ist gleich null“, sagte er. „Das Gerede von ‚geteilter Souveränität‘ ist für diese Tempelgruppen kein fernes Ziel mehr. Es ist zu einem praktischen Projekt geworden, das Schritt für Schritt umgesetzt wird.“

Der Dritte Tempel

Da Israel nun die fast vollständige Kontrolle über die Al-Aqsa-Moschee hat und der Status quo, wie einige Beobachter sagen, „längst tot“ ist, stellt sich die Frage: Wie geht es weiter?

Mitte 2023, nur wenige Monate vor dem Angriff unter Führung der Hamas, schlug Amit Halevi, ein israelischer Abgeordneter der regierenden *Likud*-Partei, einen Plan vor, die Al-Aqsa-Moschee zwischen Juden und Muslimen aufzuteilen.

Halevi schlug vor, etwa 30 Prozent des südlichen Teils des Komplexes den Muslimen zuzuweisen, während der Rest, einschließlich des Bereichs, in dem der Felsendom steht, den Juden vorbehalten bleiben sollte. Er schlug außerdem vor, Jordanien die Verwaltung der Moschee zu entziehen, und schloss sich damit langjährigen Forderungen von Aktivistengruppen des Tempelbergs an.

Ein Jahr später bekundete Ben Gvir seine Unterstützung für diese Idee. Obwohl er nicht ausdrücklich eine physische Teilung der Moschee forderte, sprach er sich für den Bau einer Synagoge innerhalb des Komplexes aus. Forderungen, die Al-Aqsa-Moschee zu zerstören und durch einen dritten jüdischen Tempel zu ersetzen, sind seit langem Teil der Rhetorik von Aktivistengruppen des Tempelbergs.

In den letzten Jahren haben viele dieser Gruppen jedoch erheblich an Einfluss gewonnen, und ihre Anhänger und Mitglieder sitzen nun im israelischen Parlament und Kabinett, darunter auch Ben Gvir selbst.

Im Mai erklärte Finanzminister Bezalel Smotrich in einer Rede anlässlich einer Kundgebung zum „Jerusalem-Tag“, dass man „die Grenzen Israels erweitern, die vollständige Erlösung herbeiführen und den Tempel hier wieder aufbauen“ werde.

Yitzhak Wasserlauf, Mitglied der *Otzma Yehudit*-Partei von Ben Gvir und Minister für den Negev, Galiläa und nationale Widerstandsfähigkeit, wiederholte diesen Aufruf während einer Razzia in Al-Aqsa Anfang dieses Monats. „Wir beten für den Bau des Tempels und die vollständige Erlösung“, sagte er in einem Video, das im Inneren des Moscheekomplexes gedreht wurde.

Die Palästinenser befürchten, dass nach der erfolgreichen Durchsetzung einer faktischen zeitlichen Aufteilung in Al-Aqsa – durch die Zuweisung bestimmter Zeiten für Muslime und Juden für den Zugang oder das Beten an diesem Ort – der nächste Schritt eine physische Aufteilung sein wird.

Und genau wie die zeitliche Aufteilung wird auch diese in Etappen erfolgen, wobei zunächst eine Synagoge innerhalb des Moscheekomplexes gebaut wird, bevor die Erweiterung erfolgt.

Dies spiegelt die schrittweise Übernahme der Ibrahimi-Moschee in Hebron wider, die zunächst zeitlich und dann räumlich geteilt wurde.

Nun planen die israelischen Behörden Berichten zufolge, dem *Waqf* auch dort offiziell seine Verwaltungsrolle zu entziehen. Während des Ramadan 2025 verwehrten israelische Streitkräfte Muslimen in einer beispiellosen Aktion freitags den Zutritt zur Ibrahimi-Moschee.

„Was in der Al-Aqsa-Moschee geschieht, ist nicht nur eine Reihe vorübergehender Verstöße“, sagte die *Waqf*-Quelle, die mit *MEE* sprach.

„Es handelt sich um ein umfassendes „Judaisierungsprojekt“, das darauf abzielt, die vollständige israelische Souveränität über die Moschee durchzusetzen. „Die Palästinenser und die muslimische Welt müssen sich des Gewichts der Herausforderung bewusst werden und sich darauf vorbereiten, einem Plan entgegenzutreten, der gegen die Zeit arbeitet, bevor die aufgezwungene Situation unumkehrbar wird.“

Lubna Masarwa ist Journalistin und Leiterin des Büros für Palästina und Israel bei Middle East Eye mit Sitz in Jerusalem. Nadav Rapaport hat zum Artikel beigetragen.

¹ <https://arabcenterdc.org/resource/jerusalems-status-quo-agreement-history-and-challenges-to-its-viability/>

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/israel-closer-building-third-temple>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de